Entwurf

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung geändert wird

Auf Grund des § 74 Abs. 1 in Verbindung mit § 74 Abs. 6 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 98/2021, wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen verordnet:

Die Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung – VERA-V, BGBl. II Nr. 471/2006, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 432/2021, wird wie folgt geändert:

1. In § 6a Abs. 2 Z 5 wird der Verweis auf „§ 22b Abs. 2 Z 1 BWG“ durch den Verweis auf „§ 23h Abs. 2 Z 1 BWG“, in § 6a Abs. 2 Z 6 wird der Verweis auf „§ 22b Abs. 2 Z 2 BWG“ durch den Verweis auf „§ 23h Abs. 2 Z 2 BWG“ und in § 6a Abs. 2 Z 7 wird der Verweis auf „§ 22b Abs. 2 Z 3 BWG“ durch den Verweis auf „§ 23h Abs. 2 Z 3 BWG“ ersetzt.

2. In § 17 Abs. 19 wird die Wortfolge „§ 6c samt Überschrift und § 10d samt Überschrift sowie die Anlagen J1 und J2 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 328/2020 treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft, mit Ablauf des 11. Februar 2022 außer Kraft und sind erstmals auf Meldungen anzuwenden, die spätestens bis zum 11. August 2020 zu übermitteln sind sowie letztmalig auf Meldungen anzuwenden, die spätestens bis zum 11. Februar 2022 zu übermitteln sind. Die Übermittlung der Meldungen gemäß §§ 6c und 10d für den Übermittlungstermin 11. August 2020 kann bis zum 18. August 2020 erfolgen.“ durch die Wortfolge „§ 6c samt Überschrift und § 10d samt Überschrift sowie die Anlagen J1 und J2 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 328/2020 treten mit dem auf die Kundmachung folgenden Tag in Kraft und sind erstmals auf Meldungen anzuwenden, die spätestens bis zum 11. August 2020 zu übermitteln sind. Die Übermittlung der Meldungen gemäß §§ 6c und 10d für den Übermittlungstermin 11. August 2020 kann bis zum 18. August 2020 erfolgen.“ ersetzt.

3. Dem § 17 wird folgender Abs. 22 angefügt:

„(22) § 6a Abs. 2 Z 5, 6 und 7 sowie § 17 Abs. 19 in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. xx/2022 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

Begründung

Allgemeiner Teil

Mit der vorliegenden Novelle wird mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen die Verordnungsermächtigung gemäß § 74 Abs. 6 des Bankwesengesetzes – BWG, BGBl. Nr. 532/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 98/2021, ausgeübt. Es werden in der Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung – VERA-V, BGBl. II Nr. 471/2006, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 432/2021, Verweisanpassungen in § 6a (Meldungen zu Fremdkapitalfinanzierungen von Immobilien) vorgenommen. Darüber hinaus wird der zeitliche Geltungsbereich der Bestimmungen §§ 6c (Meldungen von COVID-19-bezogenen Informationen auf unkonsolidierter Ebene) und 10d (Meldungen von COVID-19-bezogenen Informationen auf konsolidierter Ebene) aufgrund der anhaltenden COVID-19-Pandemie bis auf Weiteres – ohne inhaltliche Änderung der Meldepositionen – verlängert.

Besonderer Teil

Zu Z 1 (§ 6a Abs. 2 Z 5 bis 7):

Verweisanpassung.

Zu Z 2 (§ 17 Abs. 19):

Auf Basis der Leitlinien zur Meldung und Offenlegung von Risikopositionen, die Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise unterliegen (EBA/GL/2020/07), wurden COVID-19-bezogene Meldepflichten in §§ 6c und 10d verankert. Aufgrund der weiterhin anhaltenden Pandemie ist es derzeit erforderlich, die bereits etablierte COVID-19-Meldung über den ursprünglich geplanten Zeitraum hinaus beizubehalten. Durch die Änderung zeitlichen Geltungsbereichs wird keine inhaltliche Änderung an den bestehenden Meldepositionen vorgenommen, sondern nur der zeitliche Geltungsbereich erstreckt. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich des zukünftigen Infektionsgeschehens und allfälliger nationaler Begleitmaßnahmen wird die Meldeverpflichtung bis auf Weiteres ohne konkretes Enddatum verlängert. Sobald auf eine Datenübermittlung aus aufsichtlicher Sicht verzichtet werden kann, werden die COVID-19-bezogenen Meldepflichten außer Kraft gesetzt werden.

Zu Z 3 (§ 17 Abs. 22):

Inkrafttretensbestimmung.